



<https://biz.li/2yff>

# CAREN MARKS: "FÜNF JAHRE MINDESTLOHN - EINE ERFOLGSGESCHICHTE"

Veröffentlicht am 02.07.2019 um 17:44 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Am 3. Juli 2019 jährt sich zum fünften Mal der Beschluss des Bundestages zur Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns. "Es war eine große und tiefgreifende Reform, die für Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine spürbare Gehaltserhöhung und mehr Respekt für ihre Arbeit bedeutete. Auf diese große Arbeitsmarktreform ist die SPD zu Recht stolz, denn ohne ihren Einsatz wäre sie nicht durchgesetzt worden", erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Caren Marks. Zum 1. Januar 2020 steigt der Mindestlohn auf 9,35 Euro die Stunde, in 2015, dem Jahr seiner Einführung, war er bei 8,50 Euro gestartet. Die Höhe des Mindestlohns wird alle zwei Jahre von einer unabhängigen Mindestlohnkommission überprüft und unter Berücksichtigung der Tarifentwicklung sowie einer gesamtwirtschaftlichen Situation neu bestimmt. "Heute bestätigt sich, dass die Argumente der Mindestlohngegner falsch waren. Der Mindestlohn hat keine Arbeitsplätze gekostet. Seit 2015 ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angestiegen und die Arbeitslosigkeit gesunken. Das zeigt: Unser Land braucht keine Billiglöhne, um erfolgreich zu sein. Wirtschaftlicher Erfolg beruht auf guten Produkten aus guter Arbeit und einer Tarifpartnerschaft, in der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zusammenarbeiten", so Caren Marks weiter. Das Ziel der SPD sei es, den Wert der Arbeit zu schützen. Dafür sei auch in dieser Legislaturperiode bereits sehr viel erreicht worden: Ein verbesserter Zugang zu Weiterbildung und Qualifikation Sorge dafür, dass alle Erwerbstätigen mit dem technologischen Wandel Schritt halten können, bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in der Pflege stärken ein wichtiges und wachsendes Berufsfeld und der soziale Arbeitsmarkt schaffe neue Beschäftigungschancen für Langzeitarbeitslose.